

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **289 (2010)**

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Nie seit der Krise von 1929 hat die Weltwirtschaft einen so jähen Absturz erlebt wie 2008/2009. Und nie haben Finanzen und Wirtschaft die Politik weltweit so intensiv beschäftigt wie in dieser Periode. Niemals zuvor mussten an den Börsen so riesige Verluste hingenommen werden, und niemals seit 1929 sahen sich so viele Menschen vom Verlust ihrer Arbeitsplätze und ihrer Häuser bedroht.

Die Krise der Weltwirtschaft demonstrierte, wie beschränkt die Fähigkeit ist, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Zwar weiss man seit längerem, dass das Wirtschaftsgeschehen Zyklen unterliegt, dass Phasen des Aufschwungs über kurz oder lang Phasen der Stagnation oder gar einer Rezession folgen. Diese «Gesetze» schienen in den letzten Jahren bei Anlegern, Banken, Unternehmungen und Regie-

rungen gleichermassen in Vergessenheit zu geraten. Angesichts von Rekordgewinnen und scheinbar unaufhaltsam nach obenweisenden Börsenindizes gingen warnende Stimmen im Chor der Euphorie völlig unter. Weltweit deregulierten Regierungen ihre Märkte. Banken stellten billiges Geld zur Verfügung, und immer mehr Menschen beteiligten sich an risikoreichen Finanzgeschäften. Unter

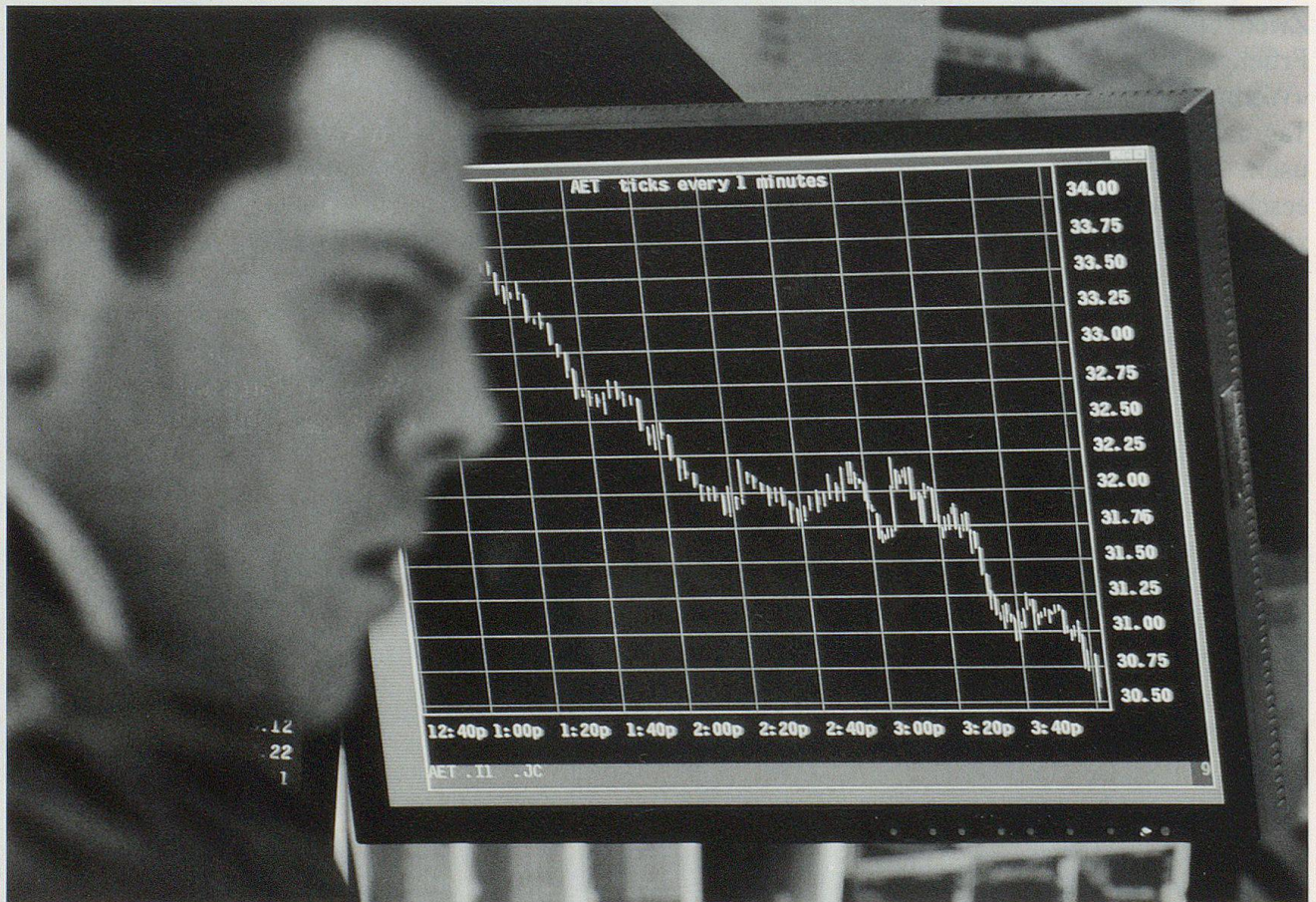


Bild: Keystone

An der Wall Street wie auch an den meisten Börsenplätzen der Welt herrscht im Spätherbst 2008 Ausverkaufsstimmung.

dem Dach einer global verflochtenen Wirtschaft etablierte sich ein Casino-Kapitalismus, der die Jagd nach Profiten zum alleinigen Masstab erhob und keinerlei Schranken der Verantwortung respektierte. Dummheit, Hochmut und blinde Gier gingen einen verhängnisvollen Bund ein.

«Jahrhundert-Tsunami»

Ein Ende der Kreditblase offenbarte sich erstmals 2007 in Amerika. Die Zinsen, die lange Zeit auf einem tiefen Stand verharren hatten, zogen an. Dadurch gerieten unversehens Millionen von Menschen in Bedrängnis, die sich den Traum vom Eigenheim auf Pump und ohne genügend finanzielle Ressourcen erfüllt hatten. Viele hatten überdies zusätzliche Kredite auf ihr Haus aufgenommen, um sich einen Lebensstil leisten zu können, für den die realen Einkünfte an sich nicht ausreichten. In den Strudel gerieten rasch auch Banken, die angesichts der allgemeinen Euphorie zu billigen Hypothekarkredite oder Darlehen auf überbewertete Immobilien vergeben hatten. Zwar versuchte die US-Notenbank, das Federal Reserve, Gegensteuer zu geben, indem sie den Leitzins stufenweise senkte. Doch das Verhängnis liess sich nicht aufhalten. Im Juli 2008 erklärte sich die Bank IndyMac zahlungsunfähig; am 7. September musste die US-Regierung die Kontrolle über die in Schieflage geratenen Hypothekenbanken

Fannie Mae und Freddie Mac übernehmen. Die beiden Institute waren 1938, bzw. 1968 mit dem Ziel gegründet worden, Eigenheimkäufe zu erleichtern. Am 15. September musste die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden, was weltweite Schockwellen auslöste. Spätestens zu diesem Zeitpunkt offenbarte sich, dass es sich bei der sogenannten «Subprime»-Krise nicht nur um eine inneramerikanische Fehlentwicklung handelte. Vom Zusammenbruch von Lehman Brothers waren auch Anleger und Bankinstitute in Europa und Asien betroffen. Der ehemalige US-Notenbankchef Alan Greenspan sprach von einem «Jahrhundert-Tsunami».

In den folgenden Tagen erlitten die amerikanischen, europäischen und asiatischen Börsen gigantische Kursverluste. Der Dow Jones, der Mitte 2008 noch bei über 12 500 Punkten gelegen hatte, brach bis Ende Jahr auf unter 7500 Punkte ein. Der schweizerische Börsenindex SMI, Anfang 2008 noch bei über 8000 Punkten, büsste mehr als 3000 Punkte ein und erreichte seinen Tiefststand im März 2009 bei rund 4400 Punkten.

Milliardenschwere Hilfspakete

Die US-Regierung tat sich zunächst schwer, geeignete Gegenmassnahmen zu ergreifen. Finanzminister Henry Paulson schlug einen umstrittenen Ret-

tungsfonds mit einem Volumen von 700 Milliarden Dollar zur Rettung bedrohter Bankinstitute vor. Dieser wurde am 29. September jedoch von einer Mehrheit des Repräsentantenhauses abgelehnt. Nach weiteren massiven Kursverlusten an der Börse stimmte das Parlament am 3. Oktober schliesslich doch noch zu. In den folgenden Monaten schnürte die US-Regierung weitere Hilfspakete in der Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar. Das Federal Reserve senkte den Leitzins bis Mitte Dezember auf null bis ein Viertel Prozent, um das Kreditsystem mit zusätzlicher Liquidität zu versorgen. Der neue US-Präsident Barack Obama seinerseits gab gleich zu Beginn seiner Amtszeit am 18. Februar 2009 ein Hilfspaket für bedrohte Hausbesitzer bekannt. Mit 75 Milliarden Dollar sollten bis zu 9 Millionen Familien vor der Zwangsversteigerung ihrer Häuser gerettet werden.

Zwar konnte durch solche Massnahmen ein vollständiger Kollaps des Finanzsystems abgewendet werden. Es liess sich jedoch nicht vermeiden, dass die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession abglitt. Die Weltbank senkte die Wachstumsprognosen sukzessive, und der Internationale Währungsfonds IWF gab zu Jahreswechsel 2008/2009 bekannt, er rechne mit der schlimmsten Krise seit der Grossen Depression in den 1930er-Jahren. Negative Wachstumsprognosen wurden auch für die meisten europäischen Länder,

unter ihnen Deutschland und die Schweiz, herausgegeben.

Um der Rezession entgegenzuwirken, beschlossen zahlreiche Regierungen Konjunkturprogramme. Selbst in China, wo immer noch respektable Wachstumsraten erzielt wurden, kündigte die Regierung im November ein Konjunkturprogramm in der Höhe von gegen 500 Milliarden Euro an.

Zurück zur Regulierung

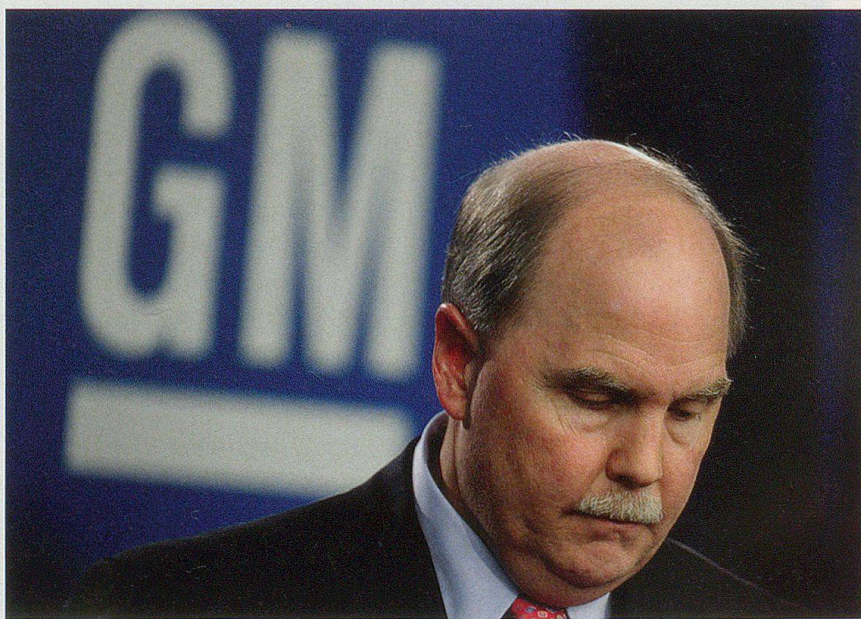
Die neoliberalen Rezepte der vergangenen Jahre wurden eiligst über Bord geworfen. Ein G-20-Gipfeltreffen Mitte November 2008 in Washington verlangte allem voran eine bessere Regulierung der Finanzmärkte. Diese Forderung wurde an einem weiteren G-20-Gipfeltreffen – am 1. und 2. April 2009 in London – konkretisiert: Beschlossen wurden Massnahmen zur systematischen Überwachung von Hedge-Fonds und ähnlichen Finanzanlagekonstruktionen, ferner Massnahmen gegen Steueroasen und eine Stärkung der internationalen Finanzinstitutionen. Ausserdem einigten sich die Gipfelteilnehmer auf ein Programm von 1,1 Billionen Dollar zur Belebung der Weltkonjunktur: Die Mittel des IWF sollten um 750 Milliarden Dollar aufgestockt werden, 250 Milliarden wurden für zusätzliche Sonderziehungsrechte für bedürftige Länder bereitgestellt, und 100 Milliarden sollten über multilaterale Ent-

wicklungsbanken gewährt werden.

Die Börsen reagierten positiv: Das Schlimmste schien fürs erste abgewendet zu sein. In den folgenden Monaten verlagerte sich der Fokus auf die sich verschärfende Rezession und die steigenden Arbeitslosenzahlen. Die US-Regierung sah sich unter anderem mit der Insolvenz der drei grössten Automobilkonzerne Chrysler, General Motors und Ford konfrontiert. Die Probleme der US-Autoindustrie rührten allerdings nicht nur von konjunkturellen Schwierigkeiten her, sondern von einer nicht mehr zeitgemässen Produktpalette. Angesichts rekordhoher Treibstoffpreise waren Fahrzeuge mit hohem Benzinverbrauch nicht mehr gefragt. General Motors hatte 2007 mit 38,7 Milliarden Dollar den grössten

Verlust seiner Geschichte verbucht; 2008 fuhr das Unternehmen ein Minus von 30,9 Milliarden ein.

Gegen Chrysler wurde am 29. April 2009 das Konkursverfahren nach Artikel 29 des amerikanischen Insolvenzrechts eröffnet, gegen General Motors, den grössten Autoproduzenten der Welt, am 1. Juni. Den beiden Unternehmen die Möglichkeit gewährt, mit neuen, schlankeren Firmenstrukturen an den Markt zurückzukehren. Betroffen vom GM-Debakel waren auch die Tochterunternehmen Saab und Opel. Saab meldete im Februar 2009 Konkurs an, Opel benötigte gemäss seinem Sanierungskonzept 3,3 Milliarden Euro. Nach harten Verhandlungen gab die deutsche Regierung dem kanadischen Automobilzulieferer Magna den Zuschlag.



General Motors, der grösste Automobilproduzent der Welt, muss am 1. Juni 2009 Konkurs anmelden – ein schwerer Schlag für CEO Fritz Henderson.

Ein Schwarzer wird US-Präsident

Die Präsidentschaft George W. Bushs ging unter denkbar widrigen Umständen zu Ende: Die USA sahen sich mit der grössten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den Dreissigerjahren konfrontiert, und in Afghanistan und Irak befanden sich die Vereinigten Staaten nach wie vor im Krieg. Bushs Amtsführung wurde zusehends unpopulärer. Trotzdem rechneten sich die Republikaner anfänglich gute Chancen aus, mit einer neuen Galionsfigur die Präsidentschaftswahl 2008 für sich entscheiden zu können. Als Favorit galt zunächst Rudy Giuliani, der ehemalige Bürgermeister von New York. Giuliani verspielte jedoch seine Chancen mit einer risikoreichen Strategie, indem er bei den ersten Vorwahlen auf einen aktiven Wahlkampf verzichtete, um sich ganz auf die Vorwahlen in Florida zu konzentrieren, wo er mit dem dritten Platz jedoch scheiterte. Das Rennen machte – eher überraschend – der 72jährige Senator von Arizona, John McCain, der als Jagdbomberpilot in Vietnam abgeschossen worden war und mehrere Jahre in Kriegsgefangenschaft überlebt hatte. McCain, der dem liberaleren Flügel der Republikaner angehörte, erkor mit Sarah Palin, Gouverneurin von Alaska, eine betont konservative Kandidatin für das Vizepräsidentenamt.

Schwerer mit der Kandidatenwahl taten sich die Demokraten.



Bilder: Keystone

Am 20. Januar 2009 wird Barack Obama als 44. Präsident der USA vereidigt – ein historischer Tag für die USA.

Als Favoritin ging Senatorin Hillary Clinton in den Primärwahlkampf. In Barack Obama, Senator aus Illinois, erwuchs ihr jedoch überraschend ein Gegner, der ihr ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen lieferte – und dieses schliesslich zu seinen Gunsten entschied. Obama gewann die Nomination der Demokraten dank seiner eingängigen Botschaft («Change!»; «Yes, we

can!»), seiner Ausstrahlung, seines Kommunikationstalents und nicht zuletzt dank seiner Fähigkeit, das Internet als Wahlkampfinstrument zu benützen und damit vor allem junge Wählerschichten anzusprechen. Trotzdem kam es einem politischen Wunder gleich, dass ein Afroamerikaner – Obamas Vater war Kenianer gewesen – die Nomination der Demokraten und

schliesslich auch die Wahl zum Präsidenten der USA gewann. Zum Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft erkor Obama Senator Joe Biden aus dem Bundesstaat Delaware. Angesichts der sich verschärfenden Finanzkrise hatte das demokratische Team in der Endausmarchung leichtes Spiel. Die Demokraten gewannen die Wahl in 28 Bundesstaaten (mit insgesamt 365 Wahlmännern), die Republikaner in 22 Bundesstaaten (mit insgesamt 173 Elektoren).

Am 20. Januar 2009 wurde Barack Obama als 44. Präsident der Vereinigten Staaten vor dem Capitol in Washington vereidigt. Es war ein besonderer Tag für Amerika, dass erstmals ein Nicht-Weisser das mächtigste Amt der Welt übernahm. Auch viele, die nicht für Obama gestimmt hatten, waren an diesem Tag stolz auf ihr Land, das 40 Jahre nach dem Tod des Bürgerrechtlers Martin Luther King einen so eindrücklichen Meilenstein in der Emanzipation der schwarzen und farbigen Minderheiten gesetzt hatte.

Obama verstand es, hochkarätige Persönlichkeiten in die Regierung zu berufen – unter ihnen Hillary Rodham Clinton, die das Aussenministerium übernahm, Timothy F. Geithner (Finanzen) sowie Verteidigungsminister Robert Gates, der bereits unter Bush in dieser Funktion gewirkt hatte. Vom ersten Tag seiner Amtszeit an setzte der neue Präsident Zeichen: Er kündigte Schritte auf dem Weg zur Schliessung des

Terroristen-Gefangenenlagers Guantánamo an und brachte es binnen weniger als einem Monat fertig, ein 787 Milliarden Dollar schweres Konjunkturprogramm, den «American Recovery and Reinvestment Act», durch den Kongress zu schleusen. Am 27. Februar kündigte er das Ende der US-Kampfmmissionen im Irak und den Abzug eines Grossteils der dort stationierten Truppen binnen 18 Monaten an. Bezüglich Afghanistan sprach sich Obama nachdrücklich für eine zielgerichtete Fortsetzung des Antiterrorkampfes aus. Der Islamischen Republik Iran stellte der neue Präsident einen Neuanfang in Aussicht, sofern das Land von der nuklearen Option Abstand nehme. Militärische Mittel, um den Iran an der Herstellung atomarer Waffen zu hindern, schloss Obama jedoch wie sein Amtsvorgänger nicht aus.

Auch bezüglich des Nahostkonflikts kamen neue Töne aus Washington: Obama machte sich für eine Zweistaatenlösung stark und verlangte von der neuen israelischen Regierung einen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten. Diese Forderungen wiederholte der US-Präsident am 4. Juni in einer bedeutsamen «Rede an die islamische Welt» in der Universität Kairo.

Krieg im Gazastreifen

Kurz bevor Obama sein Amt angetreten hatte, war ein weiteres blutiges Kapitel der Nahostgeschichte geschrieben worden. Unter dem Namen Operation «Gegossenes Blei» stiessen die israelischen Streitkräfte weit in den Gazastreifen vor, um militärische Einrichtungen der Hamas zu zerstören. Jahrelang hatten Kämpfer der Palästinenser israelische Städ-



Bild: Keystone

Der Krieg im Gazastreifen lässt neben Hunderten von Toten und Verletzten eine Wüste von Trümmern zurück.

te und Dörfer aus dem Gazastreifen heraus mit Raketen beschossen. Israel hatte den Gazastreifen im Nahostkrieg von 1967 erobert, das 40 Kilometer lange und zwischen acht und 15 Kilometer breite Territorium aber 2005 an die Palästinenser zurückgegeben. 2006 hatte die radikal-islamische Organisation Hamas die Wahlen im Gazastreifen gewonnen und, nach blutigen Auseinandersetzungen mit der Fatah-Bewegung, 2007 die vollständige Kontrolle übernommen. Seither häuften sich Raketenangriffe gegen israelische Städte und Siedlungen. Israel reagierte mit der Verhängung eines strikten Boykotts; der Gazastreifen wurde zum feindlichen Gebiet erklärt.

Mit dem Ziel, die Hamas entscheidend zu schwächen, eröffnete die israelische Armee am 27. Dezember 2008 die lange vorbereitete Offensive. Zum Einsatz kamen zunächst vor allem Kampfflugzeuge und Helikopter. Die Hamas reagierte mit weiteren Raketenangriffen. Am 4. Januar begann Israel mit der erwarteten Bodenoffensive. Trotz wachsendem internationalem Druck setzte Israel die Militäroperationen während drei Wochen fort. Mit der Feststellung, die militärischen Ziele seien erreicht worden, erklärten die Israelis am 18. Januar eine einseitige Waffenruhe und zogen sich rasch aus dem Gazastreifen zurück. Kurz darauf schloss sich auch die Hamas an; die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen kamen zum Erliegen.

Nach israelischen Angaben kamen 1166 Palästinenser ums Leben, davon 295 Zivilisten; Palästinensern zufolge wurden über 900 Zivilpersonen getötet. Innerhalb der Uno stiess das israelische Vorgehen auf harsche Kritik; der Menschenrechtsrat in Genf verurteilte die Militäraktion (gegen die Stimme Kanadas und bei Enthaltung der EU-Staaten). Die EU sprach von einem «Akt der Verteidigung», schränkte jedoch ein: «Selbst das unbestreitbare Recht eines Staates, sich selbst zu verteidigen, erlaubt nicht Aktionen, die grossenteils Zivilpersonen betreffen.»

Nur wenige Tage nach Beendigung der Kämpfe gingen die Israelis zu den Wahlen: Die Kadima-Partei, die nach dem Rücktritt von Premierminister Olmert im September 2008 von Aussenministerin Tzipi Livni präsiert wurde, errang zwar am meisten Parlamentssitze (28 von insgesamt 120 Sitzen in der Knesset). Der oppositionelle Likud-Block unter Benjamin Netanjahu kam aber auf 27 Sitze. Dank dem starken Abschneiden der rechtsnationalen Partei Jisra'el Beitenu unter Awigdor Lieberman und dank Unterstützung weiterer Parteien der religiösen Rechten gelang es Netanjahu, eine Regierung zu bilden, die von Anfang an andere Akzente als ihre Vorgängerin setzte: Nicht mehr die Aussöhnung mit den Palästinensern, sondern Sicherheit und Betonung der «Rechte» Israels stan-

den von nun an im Vordergrund. Vorgezeichnet waren damit auch Spannungen mit der amerikanischen Regierung, die sich für einen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten stark machte.

Nukleare Pokerspiele

Die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten wird entscheidend davon abhängen, ob der Iran sein Atomprogramm zum Bau einer eigenen Atombombe verwenden wird. Zweifel an seinen Absichten hatte der islamische Staat bewusst nie ausgeräumt, sondern sein Atomprogramm unter Missachtung des Atomsperrvertrags vorangetrieben. Die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) warf dem Iran am 19. September 2008 mangelnde Kooperation vor. Mit dem Test einer Mittelstreckenrakete, die Ziele bis Südeuropa erreichen kann, unterstrich der Iran seine machtpolitischen Ambitionen. Weder Israel noch die USA schlossen die Anwendung von Gewalt gegen einen atomar bewaffneten islamischen Staat Iran aus.

Noch unberechenbarer verhielt sich das nordkoreanische Regime. Dessen Diktator Kim Jong-Il erlitt im Herbst 2008 offenbar einen Schlaganfall. Er oder seine Umgebung benützte die Nuklearfrage ein weiteres Mal, um die Weltöffentlichkeit zu provozieren und – nach bekanntem Muster – zu erpressen. Trotz internationaler Proteste startete Nordkorea am 5. April

eine Trägerrakete mit einem Kommunikationsatelliten. Der Uno-Sicherheitsrat verurteilte den Raketenstart, worauf das Regime in Pyöngyang offiziell das Ende der Sechs-Parteien-Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm verkündete. Am 25. Mai führte Nordkorea einen weiteren Kernwaffentest durch, und feuerte mehrere Kurzstreckenraketen ab. Die USA liessen sich nicht provozieren, erklärten jedoch durch Verteidigungsminister Robert Gates unmissverständlich, Amerika werde ein nuklear gerüstetes Nordkorea nicht akzeptieren.

Krisenregion Südasien

Zu einem wachsenden Sicherheitsrisiko für die übrige Welt entwickelte sich Pakistan. Das südasiatische Land ist seit 1998 im Besitz von Atomwaffen. Seither stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit die Frage, wie dieses Nukleararsenal gegebenenfalls vor dem Zugriff muslimischer Extremisten geschützt werden könnte. In den an Afghanistan grenzenden Nordwestprovinzen des Landes wurden die Islamisten in den letzten Jahren zusehends stärker. Bereits im November 2007 hatte der damalige Präsident Pervez Musharraf den Ausnahmezustand erklärt und ihn mit den um sich greifenden Aktivitäten islamistischer Gruppierungen (Taliban) begründet. Nach dem Sturz Musharraf und der Machtübernahme durch eine demokratische

Regierung setzte sich der Vormarsch der Taliban fort. Im Swat-Tal, einer Region, die ein reiches buddhistisches Erbe besitzt und die wegen ihrer landschaftlichen Schönheit als «the Switzerland of Pakistan» galt, gewannen die Taliban im Dezember 2008 die Herrschaft. Sie ersetzten das geltende weltliche Rechtssystem durch die Scharia, den islamischen Rechtskodex, und verbannten umgehend alle Mädchen von den Schulen. Frauen wurden öffentlich ausgepeitscht, Schulen und Regierungseinrichtungen eingeschert. Die Regierung unter Ministerpräsident Gilani (PPP) sah sich zunächst ausserstande, dem Terrorregime der Taliban einen Riegel zu schieben. Präsident Ali Asif Zardari schloss mit den Taliban ein Abkommen, das ihnen im Gegenzug für ein Stillhalten faktisch die Kontrolle über das Swat-Tal überliess. Als sich die Taliban jedoch nicht daran hielten und ihre Herrschaft auf die Nachbarprovinz Buner – weniger als 100 Kilometer von der Hauptstadt Islamabad entfernt – ausdehnten, holte die Armee schliesslich zum Gegenschlag aus. Bilder vom Schreckenregime der Taliban hatten der pakistanischen Bevölkerung und der Regierung den Ernst der Lage vor Augen geführt. In einem mit grosser Härte geführten Feldzug eroberten die Streitkräfte das Swat-Tal zurück. Ob damit den Taliban endgültig ein Riegel geschoben werden kann, dürfte nicht zuletzt davon ab-

hängen, ob es der pakistanischen Regierung gelingt, mit wirksamer Hilfe an die vom Krieg betroffene Bevölkerung Vertrauen zurückzugewinnen. Vor den Kämpfen im Swat-Tal waren schätzungsweise zweieinhalb Millionen Menschen geflüchtet.

Pakistan geriet auch im Zusammenhang mit einem spektakulären Terroranschlag in Indien ins Zwielficht. Ein schwerbewaffnetes Kommando war am Abend des 26. November 2008 in Booten in der indischen Millionenstadt Mumbai gelandet. Die Angreifer führten mehrere Anschläge durch, nahmen Geiseln, schossen im Hauptbahnhof wahllos um sich und verschanzten sich schliesslich in zwei Luxushotels, dem Hilton Trident Oberoi und dem Taj Mahal Palace. Es dauerte rund drei Tage, bis sämtliche zehn Terroristen überwältigt werden konnten. Nach Angaben der indischen Behörden forderte der Terrorakt 174 Tote und 239 Verletzte. Nur ein einziger Attentäter konnte festgenommen werden. Die Spuren des Anschlags führten nach Pakistan. Nachdem die Regierung in Islamabad anfänglich jegliche Verwicklung Pakistans geleugnet hatte, ergaben die Verhöre, dass der inhaftierte Angreifer pakistanischer Staatsbürger war und seine Ausbildung in Lagern der Terrororganisation Lashkar-e-Taiba in Pakistan erhalten hatte. Indien verlangte von Pakistan ultimativ die Bestrafung der Verantwortlichen und drohte mit Gegenmassnahmen. Der ameri-



Bild: Keystone

Sri Lankas Präsident Mahinda Rajapaksa feiert am 3. Juni 2009 den militärischen Sieg über die Tamilen-Rebellen.

kanischen Diplomatie gelang es, die gefährlich zugespitzte Lage zwischen den beiden südasiatischen Atommächten zu entschärfen.

Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka

Nicht mit Diplomatie, sondern mit Waffengewalt wurde der Bürgerkrieg in Sri Lanka beendet. Seit 1983 kämpften die Tamilen – geführt von der LTTE, den «Tamil Tigers» – für einen eigenen Staat im Norden Sri Lankas. Die LTTE hatte in dem von ihr kontrollierten Gebiet einen De-facto-Staat gebildet. 2002 war es zu einem Waffenstillstand und

Friedensverhandlungen gekommen, worauf sich die Situation in den folgenden Jahren etwas entspannte. Mit dem Einsatz von Selbstmordkommandos, dem brutalen Vorgehen gegen rivalisierende Tamilen sowie mit der Verwendung von Kindersoldaten und der Erpressung von Schutzgeldern verscherzte sich die straff leninistische LTTE jedoch ausländische Sympathien. 1997 wurde die Organisation von den USA auf die Liste terroristischer Gruppierungen gesetzt, im Mai 2006 auch von der EU. Nachdem die Tamil Tigers im Sommer 2006 ein Attentat auf den damaligen Aussenminister Sri Lankas, Lakhsman Kadirgamar, einen

christlichen Tamilen, verübt hatten, setzte Präsident Mahinda Rajapaksa seinerseits voll auf Gewalt: Zunächst gelang es der Regierung, die Nachschubwege der LTTE nachhaltig zu unterbrechen; acht Frachtschiffe, die dauerhaft in internationalen Gewässern lagen und der LTTE als schwimmende Waffenlager dienten, wurden versenkt. Anfang 2008 kündigte die Regierung offiziell den 2002 geschlossenen Waffenstillstand. Binnen eines Jahres wurden den Tamil Tigers sämtliche von ihnen kontrollierten Gebiete abgenommen. Am 2. Januar 2009 gab Rajapaksa die Einnahme der LTTE-Hochburg Killinochi bekannt. Die Ti-

gers verschanzten sich in einem wenige Quadratkilometer grossen Gebiet, wobei sie Zehntausende von Zivilpersonen als Geiseln benützten. Hunderttausende flohen vor den Kampfhandlungen und wurden von der Armee interniert. Am 16. Mai schliesslich erklärte Rajapaksa die LTTE für besiegt und den Bürgerkrieg für beendet. Nach Angaben der Armee wurde LTTE-Chef Velupillai Prabhakaran auf der Flucht erschossen. Obschon Tamilen-Organisationen im Ausland lautstark protestierten, nahm die internationale Gemeinschaft das gewaltsame Ende des Bürgerkriegs auf Sri Lanka ohne grosse Emotionen zur Kenntnis. Grund dafür war wohl, dass der Kampf der Tamilen von einer Organisation getragen worden war, die brutalste terroristische Methoden verwendet hatte.

Unrast herrschte auch im südostasiatischen Königreich Thailand: Aus den Wahlen von 2007 war die PPP, die Volksmachtpartei, die dem gestürzten ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra nahestand, als Siegerin hervorgegangen. Die PPP hatte ihre Basis in den ländlichen Gebieten des Nordens und Nordostens, während die Opposition vor allem in der Grossstadt Bangkok verankert war. Seit Mai 2008 verstärkten sich die Proteste von Regierungskritikern um die oppositionelle Demokratische Partei. Im August kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, und im September wurde Premi-

er Samak vom Verfassungsgericht wegen eines bezahlten Auftritts als Fernsehkoch für abgesetzt erklärt; Nachfolger wurde Somchai Wongsawat, ein Schwager Thaksins. Die Proteste hörten indessen nicht auf, und am 7. Oktober kam es in Bangkok zu schweren Ausschreitungen, bei denen zwei Menschen getötet und mehr als 400 verletzt wurden. Am 25. November blockierten Regierungsgegner den internationalen Flughafen von Bangkok – Behörden und Polizei sahen dem üblen Spiel während rund einer Woche machtlos zu. An die 300'000 Ausländer sassen während dieser Zeit in Thailand fest. Der Parteiwechsel einiger Abgeordneter machte schliesslich den Weg frei für die Bildung einer neuen Regierung. Am 15. Dezember wurde Oppositionsführer Abhisit Vejjajiva als Premierminister vereidigt. Bald sah sich jedoch auch Abhisits Regierung Kundgebungen ausgesetzt – diesmal von Seiten der Thaksin-Anhänger. Thailand blieb tief gespalten, während das Königshaus, bis anhin ein Garant der Stabilität, zu den Vorgängen im Land beharrlich schwieg.

Europa rückt nach rechts

Abgesehen von den wirtschaftlichen Verwerfungen erlebte Europa eine vergleichsweise ruhige Zeit. In Tschechien wurde zwar die Regierung Topolánek während der Phase der EU-Präsidentschaft am 24. März vom Parlament gestürzt. In Grossbri-

tannien geriet die Labour-Regierung unter Gordon Brown in den Strudel von Korruptionsskandalen. In Österreich wurde nach den Nationalratswahlen vom 28. September 2008 die Grosse Koalition von SPÖ und ÖVP weitergeführt – neu unter Werner Faymann, der Alfred Gusenbauer als SPÖ-Chef und Bundeskanzler ablöste. Die beiden grossen Parteien erlitten allerdings massive Stimmenverluste. Die SPÖ als wählerstärkste Partei kam noch auf 29,3% der Stimmen (2006: 35,3%); im 183 Sitze zählenden Parlament hielt sie noch auf 57 Mandate (minus 11); die ÖVP kam auf 20,5% der Stimmen (minus 6,4%) und damit noch auf 51 Mandate (-15). Grosse Gewinnerin waren die FPÖ, deren Anteil um 5,0% auf 17,5% empor schnellte, und die ebenfalls rechtsnationale BZÖ (Liste Jörg Haider), die ebenfalls um 5% auf neu 10,7% zulegen konnte. Haider, der die österreichische Politik als Rechtspopulist massgeblich mitgeprägt hatte, kam am 11. Oktober 2008 bei einem selbstverursachten Verkehrsunfall ums Leben.

Auch bei den EU-Parlamentswahlen Anfang Juni 2009 erzielten die rechtsnationalen Parteien Gewinne – in Österreich die FPÖ, in Italien die Lega Nord, in Holland die Liste des Provokateurs Geert Wilders. Mit ihnen zählten die Grünen europaweit zu den Gewinnern. In Deutschland triumphierte die liberale FDP. Für die Sozialdemokraten wurden hingegen die Europa-

wahlen 2009 zu einem Debakel. Die SPD beispielsweise sackte auf einen historischen Tiefststand von 20,7% ab. In Österreich büsste die SPÖ 9,5 Prozentpunkte ein und kam noch auf 23,9%. In Spanien erhielt die Regierung Zapatero einen Denkartikel: Die Sozialisten brachten es nur auf 38,5% der Stimmen, während die konservative Volkspartei 42,2% erzielte. Die konservativen Parteien schnitten allgemein besser ab als die Linke: In Frankreich triumphierte das Regierungslager um Präsident Sarkozy, in Italien behielt Berlusconi die Oberhand. Im auf 736 Mitglieder verkleinerten EU-Parlament wurden die Konservativen mit 263 Sitzen deutlich größte Fraktion, die Sozialisten kamen auf 163, die Liberalen auf 80 und die Grünen auf 52.

Krieg im Kaukasus

Unweit Europas, in der Kaukasus-Region, eskalierte hingegen die Situation zwischen Georgien und dem Gebiet Südossetien, das von Georgien beansprucht wurde. Südossetien hatte sich 2006 in einem umstrittenen Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Im Sommer 2008 verschärfte sich die Spannungen, nachdem Russland Truppen in die abtrünnige Region Abchasien geschickt hatte. Anfang August begannen georgische Truppen mit der Besetzung Südossetiens. Als Reaktion griff die russische Armee in den Konflikt ein: Russische Boden-

und Luftlandtruppen rückten mit schwerem Gerät in Südossetien ein, worauf sich die Georgier aus der Hauptstadt Zchinwali zurückzogen. Die Russen rückten bis auf georgisches Gebiet vor. Nach viertägigen Kampfhandlungen gab Russlands Präsident Medwedew am 12. August das Ende der Kampfhandlungen bekannt. In einem einseitigen Schritt anerkannte Russland die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens. Der Westen und die Nato stellten sich demgegenüber hinter Georgien. Es dauerte mehrere Monate, bis sich die Verhältnisse zwischen den USA, Europa und Russland wieder normalisierten.

Auch andere Krisenherde und Armutsprobleme warfen ihre Schatten bis nach Europa. Afrikanische Migranten versuchen unentwegt – oft unter Lebensgefahr – mit Booten von Libyen

nach Südeuropa oder von Mauretanien auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Auch die Piraterie entwickelte sich während der Berichtsperiode zu einem internationalen Problem. Somalier kaperten mit Fischerbooten zahlreiche Handels- und Kreuzfahrtschiffe vor dem Horn von Afrika. Der spektakulärste Fall von Piraterie betraf den unter liberianischer Flagge fahrenden Supertanker «Sirius», der am 15. November 2008 800 Kilometer südöstlich der kenianischen Küste gekapert wurde. Die Piraten verlangten jeweils Lösegelder in Millionenhöhe – das ihnen in mehreren Fällen auch gezahlt wurde. Das Problem der Piraterie vor der Küste Somalias verschärfte sich so sehr, dass zahlreiche Nationen Kriegsschiffe in die Region entsandten, um durchfahrende Schiffe vor Übergriffen zu schützen.

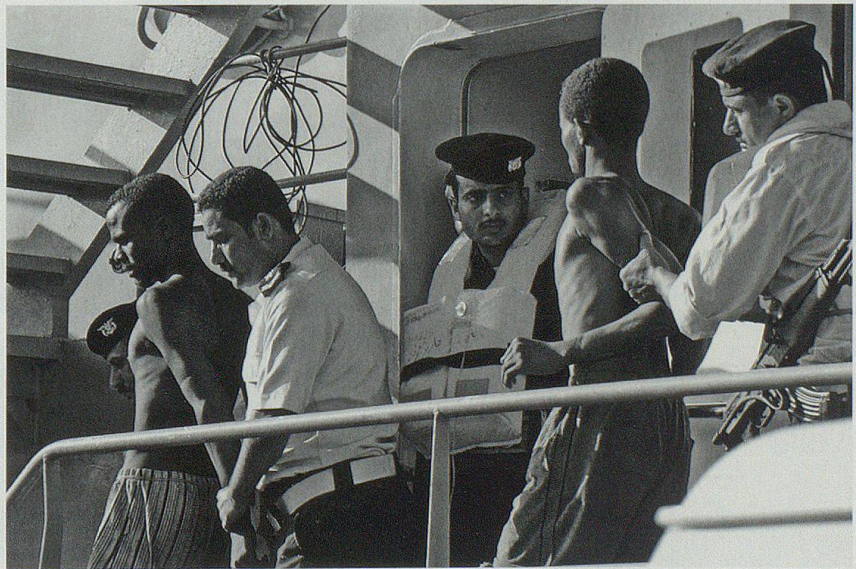


Bild: Keystone

Gefangene somalische Piraten an Bord des französischen Kriegsschiffes «Nivose» am 22. April 2009.

Innenpolitischer Rückblick

Lange wähnte sich die Schweiz angesichts der weltweiten Finanzkrise auf der sicheren Seite. Dies, obschon die UBS bereits 2007 15 Milliarden Franken hatte abschreiben müssen. Im März und April 2008 kamen weitere 44 Milliarden hinzu. Der Ernst der Lage offenbarte sich am 16. Oktober. Überraschend gab der Bundesrat bekannt, dass der Bund der UBS 6 Milliarden Franken (als Pflichtwandelanleihe) zur Verfügung stellen würde und dass die Nationalbank eine Zweckgesellschaft errichten werde, in die die UBS nicht mehr

handelbare Wertpapiere würde auslagern können. Damit konnte die UBS fürs erste vor dem Konkurs bewahrt werden.

Die Bundeshilfe für die UBS – ein beispielloser Schritt in der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte – führte zu einer leidenschaftlichen Diskussion über die Frage, inwieweit der Staat regulierend ins Geschäftsgebaren der Finanzindustrie eingreifen dürfe. Insbesondere an der Frage, ob angesichts der Krise der UBS weiterhin satte Boni an Bankmanager entrichtet werden sollten, entzündeten sich Diskussionen.

Äusserungen des neuen UBS-Verwaltungsratspräsidenten Kaspar Villiger trugen kaum zur Versachlichung der Auseinandersetzung bei. In einem Interview über die Salär-Frage bezeichnete er die Politiker pauschal als «Laien». Und meinte: «Die Profis wissen schon, was zu tun ist.» Trotz allgemeiner Empörung unterliess es das Parlament jedoch, der UBS Obergrenzen für Boni-Zahlungen aufzuerlegen.

Die Finanzkrise wuchs sich auch in der Schweiz rasch zu einer Wirtschaftsrezession aus.



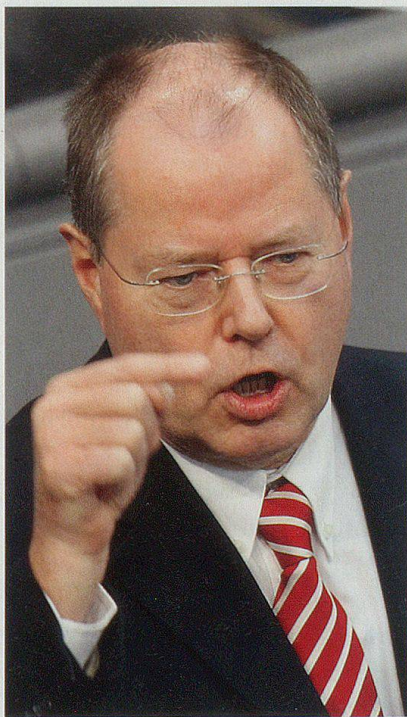
Der Bund muss der UBS am 16. Oktober 2008 mit 6 Milliarden Franken unter die Arme greifen, um die Grossbank vor dem Konkurs zu bewahren.

Die Konjunkturprognosen mussten laufend nach unten korrigiert werden. Mitte März 2009 prognostizierte die Expertengruppe des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 2,2% im laufenden Jahr; im Dezember 2008 war noch die Rede von einem Minus von 0,8% die Rede gewesen. Erschwerend für die Schweiz fiel ihre grosse Exportabhängigkeit ins Gewicht. Die Experten des Bundes gingen davon aus, dass sich die Arbeitslosenquote bis März 2010 auf 5,2% erhöhen würde. Analog zu andern Staaten versuchte auch die Schweiz der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Am 14. November 2008 beschloss der Bundesrat ein erstes Paket von Stabilisierungsmassnahmen im Umfang von 900 Millionen Franken. Bereits im März 2009 genehmigte das eidgenössische Parlament ein zweites Programm im Umfang von 700 Millionen, mit dem vor allem Investitionen gefördert werden sollten.

Als «Steuroase» unter Druck

Für die Schweiz hatte die Finanzkrise weitere unliebsame Konsequenzen. Sie geriet wegen ihres Banken- und Steuersystems international unter Druck. Obschon sie in den vergangenen Jahren die weltweit striktesten Vorschriften zur Abwehr «krimineller» Gelder eingeführt hatte, sah sie sich jetzt als «Steuroase» gebrandmarkt. Insbesondere aus den USA kamen Forde-

rungen: Im Juni 2008 wurde bekannt, dass das Justizministerium und die Börsenaufsicht SEC gegen die UBS ermittelten. Der Vorwurf lautete auf regelmässige Beihilfe der UBS für Zehntausende von US-Staatsbürgern zu Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in den Jahren 2000 bis 2007. Die Schweiz verwies die USA auf den Weg der Amtshilfe. Dieses Vorgehen dauerte den Amerikanern jedoch zu lange, und sie setzten der UBS und der Schweiz eine Frist für die Herausgabe der Daten; andernfalls drohten sie mit der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die UBS, was unabsehbare Folgen für die Bank in den USA zur



Mit provozierenden Äusserungen über die Schweiz und ihr Bankgeheimnis profiliert sich der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück.

Folge gehabt hätte. Am Tag vor Ablauf der Frist – am 18. Februar – gab die Grossbank nach: Sie erklärte sich in Absprache mit der Finanzmarktaufsicht des Bundes (Finma) bereit, das Bankgeheimnis zu lockern und den Ermittlungsbehörden in den USA Daten von 300 amerikanischen UBS-Kunden auszuliefern. Die US-Behörden gaben sich damit jedoch nicht zufrieden: Bereits einen Tag später, am 19. Februar, leiteten sie eine weitere Klage gegen die UBS ein, in der sie die Herausgabe von Daten von 52 000 US-Kunden verlangten. In diesem Fall handelte es sich nach Einschätzung der UBS und des Bundes um Fälle von «Steuerhinterziehung» – was nach schweizerischem Recht keinen Rechtsverstoss darstellt. Die auch in Schweiz nicht unumstrittene Unterscheidung zwischen «Steuerhinterziehung» und «Steuerbetrug» nährte die internationale Kritik: Die OECD setzte die Schweiz auf eine Liste sogenannter «Steuroasen». Da dies ohne Rücksprache mit den Behörden unseres Landes geschah, waren die Reaktionen entsprechend geharnischt. Auch Frankreich, Grossbritannien und Deutschland, die seit Jahren über «Steuerflucht» in die Schweiz gejammert hatten, hieben in die selbe Kerbe wie die OECD. Sie verlangten von der Schweiz nichts weniger als den freien Informationsaustausch über Konten ihrer Bürger in unserem Land. SPD-Chef Müntefering verstieg sich zu der Aussage, frü-

Bilder: Keystone

her hätte man ein solches Problem mit militärischen Mitteln gelöst, und sein Parteigenosse, Finanzminister Peer Steinbrück, erklärte wörtlich: «Wir müssen nicht nur das Zuckerbrot benötigen, sondern auch die Peitsche.» Die Diskussion um die von ihm geforderte «schwarze Liste» der OECD kommentierte er mit der hämischen Bemerkung: «Man muss die Kavallerie nicht immer ausreiten lassen. Die Indianer müssen nur wissen, dass es die Kavallerie gibt.» Damit stachen die deutschen Politiker jedoch in ein Wespennest. Ihre Äusserungen lösten in der Schweiz eine Welle antideutscher Ressentiments aus, wie man sie seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte. Selbst Schweizer Sozialdemokraten mahnten ihre Parteigenossen in Deutschland zur Zurückhaltung.

Der Bundesrat und die Schweizer Diplomatie musste sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, die Zeichen der Zeit zu spät erkannt zu haben. So sah sich unser Land anlässlich des G-20-Gipfeltreffens am 2. April 2009 auf einer «grauen» Liste von Steueroasen aufgeführt, die es auszutrocknen gelte. Neben der Schweiz waren darauf auch EU-Länder wie Luxemburg und Österreich sowie beispielsweise Singapur vermerkt. Bezeichnenderweise fehlten aber bekannte Steuerparadiese wie die Cayman-Inseln und die Kanalinseln (aus Rücksicht auf Grossbritannien) oder Macao und Hongkong (weil man China nicht vor

den Kopf stossen wollte). Die Schweiz erhielt zwar eine Frist zugestanden, sich aus der Schlinge zu befreien. Klar war jedoch, dass sie die bisherige Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nicht würde beibehalten können und dass sie künftig auch in Fällen von Steuerhinterziehung Amtshilfe zu leisten hätte. In den Auseinandersetzungen um das Bankgeheimnis musste sich der Bundesrat viel Kritik an seiner Politik gefallen lassen. Einerseits wurde ihm mit einigem Recht vorgeworfen, dem internationalen Druck nicht offensiver und vorausschauender begegnet zu sein, andererseits offenbarten sich auch immer wieder Risse innerhalb der Regierung: Während einzelne Bundesräte mehr oder weniger offen für eine Preisgabe des Bankgeheimnisses plädierten, verfochten andere eine harte Haltung gegenüber den ausländischen Forderungen.

Ja zur Personenfreizügigkeit

Die Diskussionen um das Bankgeheimnis führten exemplarisch vor Augen, wie isoliert die Schweiz international ist. Ob schon sie einen der grössten Finanzplätze der Welt hat, wurde sie zum G-20-Gipfeltreffen in London nicht einmal als Beobachterin zugelassen (im Unterschied etwa zu Ländern wie Argentinien oder Äthiopien). Als Nichtmitglied der EU verfügt sie auch in Europa nur noch bedingt über Freunde, die ihre

Anliegen vertreten helfen. Umso mehr Bedeutung kam der Abstimmung über die Fortführung der Personenfreizügigkeit zu. Als die bilateralen Abkommen I mit der EU abgeschlossen worden waren, hatte das Parlament eine Klausel beschlossen, wonach spätestens bis 2009 über die Personenfreizügigkeit noch einmal abgestimmt werden sollte. Entgegen dem Antrag des Bundesrates verkoppelte das Parlament diese Grundsatzvorlage mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien (was nach Aufnahme dieser beiden Länder in die EU zwingend geworden war). Die SVP hatte zuvor zu verstehen gegeben, dass sie sich der grundsätzlichen Fortführung der Personenfreizügigkeit nicht widersetzen würde, wohl aber der Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien. Sie sah sich jetzt mit einem Dilemma konfrontiert. Der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher riet von der Ergreifung des Referendums ab, worauf sich die Partei zunächst dieser Linie anschloss. Als jedoch die Junge SVP aktiv am Zustandekommen des Referendums mitwirkte, schwenkte auch die SVP-Gesamtpartei ins Nein-Lager hinüber. Mit einem Ja-Anteil von 59,6% billigte das Schweizervolk am 8. Februar 2009 dennoch die Vorlage überraschend deutlich. Mit Ausnahme der Kantone Tessin (33,9% Ja), Appenzell Innerrhoden (46,7%) und Glarus (49,0%) votierten

sämtliche Kantone dafür. Einen weiteren Annäherungsschritt an die EU brachte der 12. Dezember 2008: Ab diesem Tag wurde die Schweiz offiziell Teil des Schengen-Raums.

Anders als Bundesrat und Parlament dies wollten, akzeptierten Volk und Stände am 8. November 2008 die Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornographischer Straftaten an Kindern». Obschon dieses Begehren rechtlich problematisch war, sagten 51,9% der Stimmenden Ja und setzten damit zumindest ein Zeichen. Mit 58,6% Nein verwarfen die Stimmberechtigten eine Volksinitiative der Linken «für ein flexibles AHV-Alter». 57% sagten am 17. Mai 2009 Ja zum Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin», der vom Parlament als Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative erarbeitet worden war. Nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von 5500 Stimmen billigte der Schweizer Souverän am gleichen Tag eine Vorlage zur Einführung des biometrischen Passes. Weil die Vorlage die Speicherung der Daten in einer zentralen Datenbank vorsah, war dagegen das Referendum ergriffen worden. Front gegen die Vorlage machten nicht nur Sozialdemokraten und Grüne, sondern auch die SVP.

Folgenschwere Affäre Nef

Seit der Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat hatte sich die SVP schmollend in die Oppositionsecke zurückgezo-

gen. Es zeigte sich jedoch, dass damit sachpolitisch wenig herauszuholen war. Im Parlament wie auch in Volksabstimmungen sah sich die SVP ein übers andere Mal überstimmt. Die Frage der Personenfreizügigkeit offenbarte zudem, dass die Partei nicht mehr über die Durchschlagskraft und Geschlossenheit früherer Tage verfügte. Dessen ungeachtet konnte die SVP in kantonalen Wahlen weiterhin Erfolge feiern, so beispielsweise in St. Gallen, Thurgau, Basel-Stadt, Schwyz und Uri. Im Aargau vermochte die SVP bei den Grossratswahlen als stärkste Partei nochmals um 1,5 auf 31,9 Prozent zuzulegen; SP, FDP und CVP fielen dagegen auf historische Tiefststände zurück. Gewinner waren die Grünen, die Grünliberalen so-

wie die erstmals kandidierende BDP (Bürgerlich-demokratische Partei).

Nach der Abwahl Blochers hatte sich die SVP zunächst auf dessen Nachfolgerin Eveline Widmer-Schlumpf eingeschossen. Bald stellte sich jedoch heraus, dass diese Attacken angesichts der Popularität der Justizministerin zunehmend kontraproduktiv waren, worauf die SVP ihre Rohre verstärkt gegen den zur neugegründeten BDP übergetretenen Bundesrat Samuel Schmid richtete. Schmid seinerseits bot immer mehr Angriffsflächen. Besonders peinlich für den Verteidigungsminister war eine Affäre um den Armeechef Roland Nef, nachdem bekanntgeworden war, dass dieser eine frühere Geliebte mit Sex-Inseraten in einschlägigen



Bild: Keystone

Bundesrat Samuel Schmid zusammen mit Armeechef Roland Nef (links) anlässlich einer Wehrdemonstration in der Romandie.

Gazetten drangsaliert hatte. Schmid verschanzte sich zunächst hinter der Behauptung, er sei zwar von Nef über ein Strafverfahren informiert worden, habe sich jedoch von ihm versichern lassen, dass bis zu dessen Wahl durch den Bundesrat alles abgeschlossen sei. Eine Sicherheitsüberprüfung mit Blick auf den höchsten Posten der Schweizer Armee fand jedoch nie statt, und Schmid unterliess es, den Bundesrat über das Strafverfahren gegen Nef zu orientieren. Nach Enthüllungen der Medien wurde der Armeechef vom Bundesrat am 21. Juli beurlaubt; vier Tage später gab er seine Demission bekannt. Samuel Schmid sah jedoch keinen Anlass, seinerseits zurückzutreten. Bundespräsident Couchepin stellte sich im Namen der Landesregierung sogar demonstrativ hinter Schmid. Neue Enthüllungen über die Strafuntersuchung und den Zeitpunkt, zu dem der VBS-Vorsteher davon wusste, brachten Schmid jedoch in Bedrängnis. Wie angeschlagen seine Position war, offenbarte sich im Nationalrat am 24. September 2008, als eine unheilige Allianz von SVP, SP und Grünen Schmid's Rüstungsprogramm zu Fall brachte. Am 12. November gab der Berner seinen Rücktritt auf Ende Jahr bekannt. In ihrem Bericht zur Affäre Nef kam die GPK am 28. November zum Schluss, Schmid habe mit dem Vorschlag Nef's zum Armeechef einen «folgeschweren Fehler» begangen.



Bild: Keystone

Am 10. Dezember 2008 wird Ueli Maurer als Nachfolger Samuel Schmid's in den Bundesrat gewählt.

Die SVP wieder im Bundesrat

Samuel Schmid's Rücktritt eröffnete der SVP die Chance, nach einjähriger Abwesenheit wieder in den Bundesrat zurückzukehren. Die Partei griff eiligst zu – und gestand damit ein, dass die Oppositionsrolle ausserhalb des Bundesrats für sie nicht befriedigend verlaufen war (was Beobachter nicht überraschte, denn das schweizerische Konkordanzsystem ist anders als Konkurrenzsysteme im Ausland nicht auf den Wettbewerb von Regierung und Opposition angelegt). Die SVP nominierte als Kandidaten für den freiwerdenden Sitz im Bundesrat zwei Kandidaten: Christoph Blocher sowie den ehemaligen Parteipräsidenten Ueli Maurer. Da

Blochers Nomination keinerlei Chancen besass, war klar, dass die SVP Maurer wollte. Weil dieser jedoch für einen Teil des Parlaments ebenfalls als Hardliner galt, gab es erneut Bestrebungen, ein anderes Mitglied der SVP zu wählen. Um ein Haar ging die Rechnung der Linken auf: Ueli Maurer wurde am 10. Dezember erst im dritten Wahlgang mit dem Minimum von 122 Stimmen (was genau dem absoluten Mehr entsprach) gewählt. Auf den Sprengkandidaten Hansjörg Walter entfielen 121 Stimmen. Damit blieb der SVP eine weitere Zerreihsprobe erspart. Ueli Maurer übernahm als Nachfolger Samuel Schmid's die Führung des Verteidigungsdepartements (VBS).